



Freie Demokratische Partei
FDP-Gemeinderatsgruppe Rastatt

F D P – H a u s h a l t s r e d e 2 0 2 3

– Es gilt das gesprochene Wort! –

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Beigeordnete,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

Zunächst wollen wir der Verwaltung für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit ausdrücklich danken. Mannigfaltige Herausforderungen haben dazu geführt, dass 2022 kein leichtes Jahr war.

Auch in den kommenden Jahren stehen wir vor bedeutenden und herausfordernden Aufgaben.

Bereits in Kürze steht der Bürgerentscheid bezüglich des Klinikstandortes an. Wir stehen hinter der Entscheidung für den Standort am Münchfeldsee. Ein Klinikneubau ist dringend notwendig und von einem Zentralklinikum am Münchfeldsee kann die Stadt nur profitieren. Das durchlaufene Verfahren mit zuvor abgestimmten Kriterien versprach, einen Konsens zwischen der Stadt Baden-Baden und dem Landkreis Rastatt zu ermöglichen. Dass es einen solchen Konsens noch einmal geben wird, wenn die bislang angelegten Kriterien in den Hintergrund treten, das nach den Kriterien am besten geeignete Grundstück nicht zur Verfügung steht und sämtliche Gremien auf neuer Basis noch einmal entscheiden müssen, halten wir für schwer vorstellbar. Die Gefahr von zeitintensiven Verzögerungen oder einem Scheitern des

Klinikneubaus in Rastatt ist zu groß, leidtragende wären letztlich die Patienten – und damit alle Rastatter Bürger. Daher rufen wir die Bürger auf, sich beim anstehenden Bürgerentscheid klar für den Standort am Münchfeldsee auszusprechen, um die bestmögliche medizinische Versorgung in Rastatt auch für die Zukunft sicherzustellen.

Und mit dem Klinikum enden die Pläne für Großprojekte nicht. Beispiele sind die Neubauten des Kombibades und zweier Feuerwehrlhäuser, sowie die Modernisierung des Bahnhofs. Mittelfristig wollen wir mit einem neuen Wohngebiet auf dem Gelände Merzeau attraktiven Wohnraum schaffen. Und schließlich wirft auch die Landesgartenschau ihre Schatten voraus.

Diese und viele weitere Aufgaben muss die Stadt mit einem Haushalt im Krisenmodus – so formuliert es die Haushaltsrede des Oberbürgermeisters – bewältigen.

Die Krisen, die auf den Haushalt einwirken sind dabei vielfältiger Natur. Der brutale, völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat viele Menschen zur Flucht gezwungen. Durch diese und andere Fluchtbewegungen sind sämtliche Kommunen und ihre Mitarbeiter an der Belastungsgrenze oder bereits darüber hinweg. Dazu kommen der Fachkräftemangel, die Herausforderungen des Klimawandels und die Nachwehen der Corona-Pandemie.

Einige der Krisen sind aber auch hausgemacht. Die überdurchschnittlich hohen und ständig steigenden Personalkosten und die fehlende Haushaltsdisziplin der letzten Jahre fallen uns nun mit voller Wucht auf die Füße.

Nach aktuellem Planungsstand wird der aktuelle Gemeinderat in dieser Legislaturperiode für eine Steigerung der Personalkosten um 25 % (!) seit 2019 verantwortlich sein. Wachsende Aufgaben einerseits und Fachkräftemangel andererseits zwingen die Verwaltung zu mehr Effizienz. Denn bereits jetzt gelingt es aufgrund unbesetzter Stellen nicht, die Infrastruktur zumindest zu erhalten. Der beklagenswerte Zustand der kommunalen Straßen spricht eine eindeutige Sprache. Wenn aber infolge des Fachkräftemangels trotz hoher Personalkosten Investitionen nicht durchgeführt werden können, dann bedarf es zum einen einer Konzentration auf die Pflichtaufgaben, zum anderen aber einer Überprüfung nicht nur einzelner Prozesse, sondern der Verwaltungsstruktur insgesamt. Diese grundlegende

Überprüfung wäre auch notwendig, wenn man die Haushaltsvorberatungen ernst nimmt und in den kommenden Jahren die Einsparpotentiale nutzen will, die sich daraus ergeben, dass die geburtenstarken Jahrgänge den Ruhestand erreichen.

Bereits seit Jahren fordern wir aus diesem Grund ein umfassendes Organisationsgutachten.

Auf Druck aus dem Gemeinderat war für das Jahr 2023 ein solches Gutachten endlich vorgesehen. Davon rückt die Verwaltung im Haushaltsentwurf ohne Not ab und will lediglich die Prozesse analysieren. Das reicht angesichts des Haushalts-Krisenmodus nicht. Die Chance darauf, Verwaltungsaufwand dauerhaft reduzieren, die Verwaltung in die Lage zu versetzen, effizienter zu arbeiten, aber auch ein mögliches Einsparpotential, wird damit unnötig vergeben.

Und auch an anderer Stelle werden Einsparpotentiale nicht genutzt. Das Abrücken von der unechten Teilortswahl und dem damit verbundenen Aufblähen des Gemeinderats ist längst überfällig. Und auch langfristige Leerstände wie im Postgebäude belasten durch Unterhaltungskosten und Abschreibungen den Haushalt.

Rastatt muss attraktiver werden. In erster Linie für die Bürger durch die genannten Investitionen. Aber auch für bestehende und neue Unternehmen. Die Attraktivität der Innenstadt beschäftigt uns ständig. Für all dies benötigen wir Gestaltungsspielräume. Wenn wir tatsächlich Ende 2026 die gesetzlich vorgeschriebene Mindestliquidität nicht nachweisen können, haben wir diese Gestaltungsspielräume nicht mehr. Wir müssen energischer Gegensteuern. Je später wir diese Realität anerkennen, desto härter werden uns die Auswirkungen treffen.